

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
---------	--	---------------------------------------

ANTRAGSBROSCHÜRE

- Antrag A „Die Stunde der Frauen. Resolution zu 30 Jahre Mauerfall“ des Bundesvorstands der Frauen Union der CDU
- Antrag B „Wir können, wollen und werden – Mauern überwinden! Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ des Bundesvorstands der Frauen Union der CDU und Änderungsantrag B1
- Antrag C „Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen“ des Bundesvorstands der Frauen Union der CDU
- sonstige Anträge Nr. D 1 bis D 28

**an den 33. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands
am 14./15. September 2019 in Leipzig**

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
<p>A</p>	<p style="text-align: center;">Bundesvorstand</p> <p>Die Stunde der Frauen Resolution zu 30 Jahre Mauerfall</p> <p>Herbst 1989 – Das war eine Zeit, in der Deutschland den Atem anhielt. Es war eine Zeit, in der die Welt auf Deutschland blickte. Es war eine Zeit, die einen neuen Begriff prägte: Die friedliche Revolution.</p> <p>Den Menschen in der DDR gelang nach 40 Jahren Diktatur und Trennung der beiden deutschen Staaten etwas, was noch in keinem Staat zuvor geglückt war: Ein revolutionärer Umbruch ohne Krieg und Gewalt. Wie Wasser seinen Weg findet, auch durch den härtesten Stein, höhnten Friedensgebete, eine massenhafte Ausreise und stetig anwachsende Demonstrationen das marode System der DDR von innen aus. Ihr unstillbares Bedürfnis nach Freiheit in Einheit und Frieden brachte so Mauern, Stacheldraht und Schießbefehl zum Einsturz.</p> <p>Ihrem Mut und ihrer Beharrlichkeit verdankt Deutschland seine Einheit in einem geeinten Europa, das auch viele ost- und südosteuropäische Staaten einschließt. Die friedliche Revolution und der Fall der Mauer haben gezeigt, was jede und jeder Einzelne mit seinem Engagement leisten kann. Sie machen auch zukünftigen Generationen Mut, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten.</p> <p>Lange Zeit Undenkbares wurde plötzlich möglich. Lange sicher Geglaubtes musste neu hinterfragt werden. Völlig neue Perspektiven taten sich auf: Für jeden Einzelnen, für politische Gestaltung, für wirtschaftlichen Aufbruch, für die deutsche Einheit und zur Überwindung der Teilung Europas. Ein Wind der Veränderung durchzog das Land.</p> <p>Herbst 1989 – das war auch die Zeit der Frauen. Stellvertretend für viele können hier nur wenige Namen genannt werden: Christine Lieberknecht und drei Gleichgesinnte der Ost-CDU schrieben am 10. September 1989 den „Brief aus Weimar“. Sie forderten Reformen und demokratische Ansätze innerhalb der Partei. Sabine Bergmann-Pohl steht stellvertretend für die CDU-Frauen der ersten frei gewählten Volkskammer, deren Präsidentin sie wurde. In dieser Funktion war sie 1990 zugleich amtierendes Staatsoberhaupt der DDR. Angela</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Merkel schloss sich dem Demokratischen Aufbruch an und wurde dessen Pressesprecherin, 1990 übernahm sie in der ersten frei gewählten Regierung der DDR das Amt der stellvertretenden Regierungssprecherin. Andere Frauen gehörten der Bürgerrechts- und Friedensbewegung an, wurden verfolgt, verhaftet oder mussten ausreisen, wie die Mitbegründerin der Friedensbewegung der DDR Freya Klier oder die Initiatorin der Bürgerrechtsbewegung des Neuen Forums Bärbel Bohley.</p> <p>In der Übergangszeit 1989/1990 haben sie und viele weitere Frauen berechnete Ängste vor der Reaktion des Staatsapparates und der UdSSR überwunden und Zivilcourage, Unerschrockenheit und Mut zur Veränderung bewiesen. Sie haben auch das vereinte Deutschland nachhaltig geprägt, als Ministerpräsidentinnen, Ministerinnen, Staatssekretärinnen, Parlamentspräsidentinnen, Abgeordnete, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen sowie als Mitglieder in den kommunalen Parlamenten. Sie haben den Menschen in der Zeit des Umbruchs eine Perspektive gegeben und unser Land zusammengeführt.</p> <p>Neben den Frauen der Ost-CDU hatte die Frauen Union damals im Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch weitere Partnerorganisationen. Unter dem Vorsitz von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth wurde noch vor dem Zusammenschluss der Partei die deutsch-deutsche Frauen Union als Dachverband gegründet. Voller Zuversicht, mit reichlich Improvisation und vielen Fragen. Unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ trafen sich Frauen aus Ost und West schon am 24. Februar 1990 in Berlin-Weißensee. Am 19. Oktober 1991 entstand auf dem 18. Bundesdelegiertentag schließlich die Frauen Union des geeinten Deutschland, auf dem die „Bausteine für die Einheit“ der Frauen Union vorgelegt wurden.</p> <p>Der Aufbau der Struktur der Frauen Union, das Zusammenwachsen aber auch das gegenseitige Verstehen und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen waren ein enormer Kraftakt, der mit großer Energie angepackt wurde. Die Mitglieder der Frauen Union sind heute flächendeckend als Netzwerk der Frauen in der CDU organisiert: in Rostock ebenso wie in Konstanz, in Aachen oder Dresden. Diese Parteiarbeit ist bürgerschaftliches Engagement zur Gestaltung einer partnerschaftlichen gleichberechtigten Gesellschaft.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>„Die Bausteine für die Einheit“ waren eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituation der Frauen in Ost und West. Rita Süßmuth schrieb dazu über die Frauen der CDU: „Sie haben getrennte und unterschiedliche Erfahrungen und wollen eine gemeinsame Zukunft.“</p> <p>Und diese Zukunft haben sie in 30 Jahren gestaltet. Die Deutsche Einheit brachte auch in der Frauen- und Familienpolitik einen neuen Schub. Der Einigungsvertrag verpflichtete den Gesetzgeber, die Gleichberechtigung von Mann und Frau weiter auszubauen und „die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten.“</p> <p>Die Ergänzung von Art. 3 Grundgesetz um den Auftrag an den Staat zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung geht ebenso darauf zurück wie Maßnahmen für flexiblere Arbeitszeiten und Teilzeit, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die Neuregelung des Paragraphen 218 StGB. Die Erfahrungen von Frauen aus Ost und West hatten für alle den Blick geweitet und neue Wege eröffnet. Manche Erfahrungen aus den Geschlechterrollen, die geringe Vertretung in Führungsposition in Politik, Wirtschaft und Verwaltung oder Gewalt gegen Frauen einten die Frauen. In anderen Lebensbereichen lagen sie weit auseinander.</p> <p>Die 90er Jahre waren eine Zeit des Umbruchs, der wirtschaftlichen aber auch der gesellschaftlichen und persönlichen Neuorientierung in den neuen Ländern. Viele verließen ihre Heimat und suchten ihre Zukunft in den alten Bundesländern. Vor allem junge Menschen konnten die Chance für eine berufliche Neuorientierung nutzen. Andere mussten umlernen oder verloren ihren Arbeitsplatz. Mitunter war die ganze Familie ohne Arbeit. Frauen haben in dieser Zeit nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Familien Außerordentliches geleistet.</p> <p>Überbrückungsmaßnahmen und Weiterbildung halfen vielen. Dennoch waren enorme Umwälzungen zu bewältigen. Gerade Frauen, für die es selbstverständlich dazugehörte berufstätig zu sein -auch in MINT-Berufen-, sahen sich plötzlich einer überproportionalen Frauen-Arbeitslosigkeit gegenüber. Mit neuen rechtlichen Regelungen, die garantierten, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen vermittelt werden mussten, konnte eine weitergehende Unwucht gestoppt werden. Für viele Frauen wirkt sich diese Zeit allerdings bis heute nachteilig in ihrer Rentenbiografie aus. Andere haben ihren Weg</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>erfolgreich gemacht.</p> <p>Im Westen stieg die Frauenerwerbsquote in den letzten 30 Jahren kontinuierlich an. Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung und Ganztagsangebote wurden systematisch aus- und Vorbehalte gegen erwerbstätige Mütter immer weiter abgebaut.</p> <p>Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in Stadt und Land waren und sind unser Anspruch und unsere Verantwortung.</p> <p>Es war ein Glücksfall der Geschichte, dass mit Helmut Kohl ein Bundeskanzler an der Spitze der Bundesrepublik stand, der den Mut und den Willen zur Deutschen Einheit und Europäischen Einigung hatte. Und es ist ein Glücksfall, dass mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Frau aus dem Osten dieses Zusammenwachsen in Deutschland und Europa weiter gestaltet. Die CDU ist die Partei der deutschen und europäischen Einheit.</p> <p>Die Frauen Union ist seit mehr als 70 Jahren ein starkes Netzwerk von engagierten Frauen in der CDU. Das ist mehr als die Summe ihrer Talente, Erfahrungen und Potentiale. Heute blicken wir mit Stolz auf das gemeinsam Erreichte für Frauen in Deutschland zurück. Es ist Auftrag und Ermutigung zugleich für unseren weiteren Einsatz für Demokratie, Freiheit und Frieden in Deutschland.</p> <p>Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen, politischen Aufgaben, sich wandelnde Wege der Information und Kommunikation sowie andere gesellschaftliche Realitäten. Heute sehen wir uns als Demokratinnen vor allem durch Populismus, politisch und religiös motivierten Extremismus und Fundamentalismus, zentrifugale Tendenzen in Europa und neue Kräfteverhältnisse in der internationalen Politik herausgefordert. Wir werden auch zukünftig gegen die Feinde der Demokratie, gegen Gewalt und Unterdrückung eintreten und unsere Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
B	<p style="text-align: center;">Bundesvorstand</p> <p>Wir können, wollen und werden – Mauern überwinden! Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten</p> <p>Die CDU hat bei der Frage der besseren Beteiligung von Frauen in Ämtern und Mandaten ein Umsetzungs- und Durchsetzungsproblem. Deshalb müssen bestehende Satzungsregelungen zum Quorum und die bereits gefassten Beschlüsse wie etwa „Meine CDU 2017“ oder „Mehr Volkspartei unter den Mandatsträgern“ auf allen Ebenen konsequent eingehalten und umgesetzt werden.</p> <p>Wir begrüßen den Beschluss des CDU Bundesvorstandes vom 3. Juni 2019, für den Parteitag im November ein Konzept zur Personalentwicklung und Personalförderung zu erarbeiten.</p> <p><u>Dazu fordern wir:</u></p> <p>Das Konzept muss umfassend sein und alle Ebenen der Partei von den Kreisverbänden, über die Bezirks- und Landesverbände bis hin zum Bundesverband sowie die Vereinigungen und Sonderorganisationen einbeziehen und binden.</p> <p>Das Konzept muss einen Schwerpunkt auf die Gewinnung, Einbindung und die Förderung von Frauen legen. Das Ziel ist die Erhöhung des Frauenanteils in der Mitgliedschaft, in allen Funktionen und auf allen Ebenen bis hin zur hälftigen Teilhabe. Ein Personalentwicklungskonzept zur Einbindung und Förderung von Frauen muss deren spezifische Situation im Blick haben. Frauen finden wegen der Doppel- und Dreifachbelastung durch Erwerbstätigkeit, Kinder und Ehrenamt häufig erst später den Weg zur CDU oder in Ämtern und Mandate. Ihr ehrenamtliches Engagement ist vergleichbar zum Beruf durch längere und häufigere Unterbrechungen geprägt. Ihre Ansprache und Förderung muss alle Altersgruppen mit einbeziehen.</p> <p>Das Konzept muss neben der Förderung von Frauen in Ämtern der Partei auch Maßnahmen für mehr Frauen in Mandaten auf der kommunalen Ebene, in den Landesparlamenten, im Bund und in der Europäischen Union umfassen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Wir diskutieren das Instrument der verbindlichen Zielvorgabe für Frauen in Ämtern und Mandaten seit dem Essener Parteitag 1985. 1996 wurde das Quorum eingeführt, 2001 wurde es entfristet. Zweifellos hat das Quorum seit seiner Verankerung im Statut der CDU 1996 einen Schub für mehr Frauen in Ämtern und Mandaten gebracht. Dennoch zählen die CDU-Fraktionen in den Kommunen, den Ländern, im Bund und im Europäischen Parlament regelmäßig zu den Fraktionen mit dem geringsten Frauenanteil. Während andere Fraktionen sich zu annähernd gleichen Teilen aus Frauen und Männern zusammensetzen, gelingt es der CDU immer noch nicht, Frauen kontinuierlich und in gleicher Weise eine Chance auf Mandate zu bieten. Noch in keinem deutschen Parlament in den Ländern oder im Bund wurde seit Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern erreicht.</p> <p>Das Quorum ist eine Festlegung im Statut der CDU. Es bindet alle Ebenen unmittelbar. In der Praxis wird es dennoch zu oft umgangen und nicht eingehalten. Der Zielwert von einem Drittel Frauenanteil wird zudem häufig als zu erreichende Obergrenze gesehen und nicht als ein Minimum, das erfüllt sein muss, damit über die Zeit eine sich selbst tragende Entwicklung zu einer gleichberechtigten Teilhabe Raum greifen kann. Das Quorum alleine reicht offenbar nicht aus. Deshalb müssen wir das Drittel-Quorum zu einer verbindlichen Mindestvorgabe weiterentwickeln und schrittweise durch weitere messbare und konkrete Zielvereinbarungen bis zur Parität mit flexiblen Instrumenten ergänzen.</p> <p>Diese Regelung muss auch in der Praxis Vorrang vor anderen in den Satzungen und Verfahrensordnungen der Partei festgelegten oder praktizierten Quoten haben.</p> <p>Direktkandidaturen spielen für die CDU eine ungleich größere Rolle als für andere und kleinere Parteien, deren Abgeordnete fast ausschließlich über Listen in die Parlamente einziehen. Für eine bessere und konstante Repräsentanz von Frauen der CDU in den Parlamenten sind Wahlkreisandidaturen, insbesondere in aussichtsreichen Wahlkreisen, eine wesentliche Voraussetzung. § 15 Ziff. 4 Statut der CDU ist dahingehend zu präzisieren, dass die Vorstände der entscheidungsberechtigten Organisationseinheiten bei Direktkandidaturen auf eine insgesamt gleichmäßige und ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern bei den genannten Mandaten auf allen parlamentarische Ebenen in ihrem Einflussbereich hinzuwirken haben.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Unser Anspruch ist, dass Listen der CDU verbindlich zur Hälfte mit Frauen besetzt und die Kandidatinnen gleichermaßen auf den vorderen wie mittleren und hinteren Listenplätzen platziert werden. Das Frauenquorum ist in § 15 Ziff. 5 Statut der CDU Deutschlands dahingehend zu ändern, dass unter zwei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorzuschlagen ist. Dieses Reißverschlussprinzip muss mindestens für die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten gelten, wie es der Zahl der Abgeordneten in der jeweiligen Vertretungskörperschaft in der laufenden Wahlperiode entspricht. Für die weiteren Listenplätze ist das Mindestquorum einzuhalten.</p> <p>Im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs sollen über finanzielle Anreize diejenigen Verbände in einem abgestuften System besser gestellt werden, die a) die Mindestvorgabe von einem Drittel erfüllen und b) eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen gewährleisten. Darüber ist im Gleichstellungsbericht des Generalsekretärs für die unterschiedlichen Ebenen nach Landesverbänden zu berichten.</p> <p>Ziel der gesamten Partei muss es sein, sich hierbei konkrete und messbare Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils bis zur Parität zu setzen.</p> <p>Dazu soll auf jeder politischen Ebene (Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesverband) jährlich dargestellt werden, wie hoch der Anteil von Frauen bei der Besetzung von öffentlichen Wahlämtern und Mandaten ist. Diese Übersicht soll jährlich auf cdu.de veröffentlicht und darüber hinaus Teil des Gleichstellungsberichts des Generalsekretärs werden.</p> <p>Sie sind Grundlage für die von der Partei auf der jeweiligen Ebene zu erarbeitenden Zielvorgaben zur stärkeren Beteiligung von Frauen. Ein wesentliches Kriterium zur Erreichung der Zielvorgaben ist dabei der Anteil von Frauen in öffentlichen Wahlämtern, Mandaten und den Spitzenfunktionen der Partei.</p> <p>Im Gleichstellungsbericht des Generalsekretärs (§ 15 Ziff. 6 Statut der CDU) sind zukünftig je eine Tabelle zu der bzw. den Vorsitzenden der CDU in den Landesverbänden aufzuführen sowie eine zusätzliche Übersicht der direkt gewählten Abgeordneten und der über Liste gewählten Abgeordneten und den jeweiligen Frauenanteilen in diesen Untergruppen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Eine Direktkandidatur ist im Unterschied zu einer Listenkandidatur in der Regel mit größeren Finanzierungsrisiken verbunden. Gerade Erstkandidaten können schwer abschätzen, welche Summen für die Finanzierung eines Wahlkampfes erforderlich sind und in welcher Höhe sie diese selbst tragen müssen bzw. welches Spendenvolumen eingeworben werden kann. Sie brauchen Transparenz über die zu erwartenden Kosten und Hinweise zum Fundraising. Deshalb fordern wir den Bundesverband der CDU auf, rechtzeitig vor den Kandidatenaufstellungen in den Wahlkreisen, Informations- und Beratungsangebote zu Wahlkampfkosten und Fundraising anzubieten. Der Zugang muss gezielt interessierten Kandidatinnen und Kandidaten angeboten werden und für alle zugänglich sein.</p> <p>Wir begrüßen die Besetzung der Bundesfachausschüsse mit einer Doppelspitze aus einer weiblichen und einem männlichen Vorsitzenden. Wir fordern die Landes- und Bezirksverbände der CDU auf, für ihre Fachausschüsse gleichfalls eine Doppelspitze einzuführen. Für die Vorschläge zur Besetzung der jeweiligen Fachausschüsse sollen die vorschlagenden Gremien künftig jeweils hälftig Frauen und Männer benennen.</p> <p>Frauen in Führungsfunktionen müssen überall selbstverständlich sein. Dies gilt besonders für die CDU als Arbeitgeberin im Bund, den Ländern, Bezirken und Kreisverbänden.</p> <p><u>Mit Blick auf die Wahlrechtsdiskussion im Bund und den Ländern fordern wir:</u></p> <p>Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Parlamenten muss endlich selbstverständlich werden. Als Frauen Union der CDU wollen wir vor allem, dass mehr Frauen der CDU als Abgeordnete vertreten sind.</p> <p>Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, jetzt eine Kommission einzusetzen mit dem Ziel, zu mehr Frauen im Bundestag zu kommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir auf, sich proaktiv dafür einzusetzen. Diese Kommission soll Vorschläge für gesetzliche Änderungen entwickeln und prüfen sowie weitere geeignete Maßnahmen erarbeiten. Dabei sind Lösungen für Direktmandate wie auch für Wahllisten einzubeziehen. Wahlrechtsreformen müssen immer auch dazu beitragen, zu einer gleichberechtigten Vertretung von Frauen im Bundestag zu kommen und bestehende Zugangshürden zu überwinden.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Wir fordern die Parlamente in den Landtagen sowie die CDU-Landtagsfraktionen auf, sich in gleicher Weise in ihrem Wirkungsbereich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den parlamentarischen Vertretungen auf kommunaler und auf Landesebene einzusetzen.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>B 1</p>	<p style="text-align: center;">LV Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>Seite 8 im letzten Absatz</p> <p>Ändere von: „Diese Kommission soll Vorschläge für gesetzliche Änderungen entwickeln und prüfen sowie weitere geeignete Maßnahmen erarbeiten.“</p> <p>in: „Diese Kommission soll bis spätestens Ende 2020 Vorschläge für gesetzliche Änderungen entwickeln und prüfen, sowie weitere geeignete Maßnahmen erarbeiten.“</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
<p>C</p>	<p style="text-align: center;">Bundesausschuss</p> <p>Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen</p> <p>Der Einsturz des Fabrikgebäudes in Rana Plaza in Bangladesch am 24. April 2013, bei dem mehr als 1.100 Menschen ihr Leben verloren, hat den Blick schlaglichtartig auf völlig unzureichende Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Textilien gelenkt. Die Diskussion in Deutschland über Verbesserungen der sozialen und ökologischen Standards in den herstellenden Betrieben im Ausland hat viele Verbraucherinnen und Verbraucher wachgerüttelt und unsere Verantwortung in Deutschland für die Produktionsbedingungen in Entwicklungsländern deutlich gemacht. Die Frauen Union der CDU hat dazu ausführlich auf ihrer Kreisvorsitzenden-Konferenz 2014 diskutiert und das Bündnis für nachhaltige Textilien des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt.</p> <p>Das Bündnis für nachhaltige Textilien ist seither auf rund 120 Mitglieder aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Standardorganisationen angewachsen. Ziel ist die Verbesserung der Bedingungen in der weltweiten Textilproduktion von der Rohstoffproduktion bis zur Entsorgung. Denjenigen, die sich den freiwilligen Vereinbarungen des Bündnisses angeschlossen haben, gebührt Anerkennung und Dank. Dennoch zeigt der mühsame Prozess, die Textil-Wirtschaft in der Breite für diese Selbstverpflichtungen zu gewinnen, die Probleme und Widerstände, die einer Umsetzung der Ziele entgegenstehen.</p> <p>Internationale Arbeitsteilung und globaler Handel sind heute für viele Rohstoffe und Produkte selbstverständlich. Kaffee, Kakao, Baumwolle oder wichtige Rohstoffe zur Herstellung von Handys und Computern werden in Entwicklungsländern unter Bedingungen hergestellt, die bei uns längst zu Recht verboten und geächtet sind. Zwangs- und Kinderarbeit und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen zu niedrigsten Löhnen und ohne soziale Absicherung sind für viele Menschen in diesen Ländern immer noch tägliche Realität. Den Anstrengungen um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern müssen deshalb weitere Schritte folgen.</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten sowie von</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette von Produkten. Der Nationale Aktionsplan „Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ (2016-2020) ist ein wichtiger Bestandteil. Er muss jetzt konsequent umgesetzt werden. Ziel dieses Aktionsplans ist die bessere Umsetzung international anerkannter und verbriefteter Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, -grundsätze und –verpflichtungen in globalen Lieferketten. Dazu bedarf es einer ehrlichen Bilanz zum Status quo. Die Frauen Union der CDU Deutschlands unterstützt den Monitoring-Prozess in Deutschland, mit dem jetzt festgestellt werden soll, in welchem Umfang Unternehmen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen. Die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 ist ein erster Schritt zu mehr Verbindlichkeit zur Durchsetzung von Unternehmensverantwortung.</p> <p>Die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und die Einhaltung von Arbeitsstandards ist gemeinsamer Konsens und Verpflichtung der Staatengemeinschaft. Die 187 Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angehören, haben sich zur Beachtung und Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen bekannt. Dies ist auch der Ansatz der Agenda 2030, die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die 17 Ziele der Agenda 2030 verbinden Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung in der Welt. Diese Ziele können nur gemeinsam erreicht werden, und so richten sie sich an alle Länder, Politik- und Verwaltungsebenen und Akteure.</p> <p>Unternehmen sind ein weiterer wichtiger Schlüssel für die Durchsetzung der Standards. Wir verkennen nicht die Herausforderungen, vor denen die Unternehmen in der Praxis stehen, wenn Lieferketten durch viele Akteure geprägt sind. Wenn sie ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und Transparenz schaffen, können Verbraucherinnen und Verbraucher überlegte Kaufentscheidungen treffen. Wenn immer mehr Unternehmen in den Produktionsländern auf die Einhaltung der Menschenrechte und auf faire Sozial- und Umweltstandards achten, werden sich die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Familien verbessern. Umwelt- und Naturschutz sind globale Aufgaben, sie machen nicht an Staatsgrenzen halt. Menschenrechte sind unteilbar, sie gelten für alle. Unternehmen tragen auch große Verantwortung. Das gilt in gleicher Weise für öffentliche Beschaffung.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Freiwillige Selbstverpflichtungen erreichen oft nicht die Breitenwirkung und den Grad an Verbindlichkeit, die notwendig sind, um zu nachhaltigen Veränderungen zu kommen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen des Monitoring, gesetzliche Regelungen für die Wertschöpfungskette zu entwickeln. Der Kreis der einzubeziehenden Unternehmen muss dabei alle relevanten Akteure und Sanktionen enthalten. Zugleich müssen die Bedingungen mittleren und kleineren Unternehmen gerecht werden, praktikabel, verhältnismäßig und ohne unnötigen bürokratischen Aufwand umzusetzen sein.</p> <p>Arbeitsschutz (Prävention), Soziale Sicherung bei Unfall, Krankheit und im Alter sind wichtige Rahmenbedingungen. In ihrem Aufbau und ihrer Weiterentwicklung liegt ein großes Potential, zu dem die Träger unserer gesetzlichen Sicherungssysteme mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung beitragen können. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.</p> <p>Die Bundesregierung hat einen Schwerpunkt ihrer europäischen und internationalen Arbeit auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik gelegt. Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit muss auch weiterhin zusammengedacht, fortgesetzt und noch stärker verankert werden. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2020 auch die sozialen und ökologischen Standards mit dem Ziel gemeinsamer europäischer Leitlinien thematisieren will. Diese sollten dann auch in Abkommen und Handelsverträgen zur Anwendung kommen. Das ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen.</p> <p>Wir wollen faire Löhne und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern, Kinderarbeit ausrotten, nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Entwicklung zum Schutz von Mensch und Umwelt weltweit.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
---------	--	------------------------------------

D 1 – D 28	Sonstige Anträge	
D 1	<p>LV Baden-Württemberg</p> <p>Aufforstung zur Begrenzung der Erderwärmung</p> <p>Der FU-Bundesdelegiertentag möge beschließen, dass sich die CDU in Bund, Land, in den Kommunen und auf EU-Ebene dafür einsetzt und die gesetzlichen Grundlagen dafür schafft, dass Aufforstung und das Pflanzen von Bäumen als Mittel zum Klimaschutz aktiv angegangen wird. Aufforstung sowie das Pflanzen von Bäumen im öffentlichen Raum, auf Plätzen und auf Straßen sowie im privaten Raum muss in das geplante Klimaschutzprogramm des Bundes als wichtiger Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung einbezogen werden.</p>	
D 2	<p>LV Baden-Württemberg</p> <p>Fördern und Fordern: Deutschland, Europa und Afrika auf der Basis partnerschaftlicher Zusammenarbeit gleichermaßen stärken</p> <p>Seitdem zahlreiche Menschen den Weg über das Mittelmeer nach Europa suchen, hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf unseren südlichen Nachbarkontinent gerichtet. Nach Kolonialismus und Entwicklungshilfe steht die interkontinentale Zusammenarbeit heute vor großen Umwälzungen. Notwendig ist, im Verhältnis zwischen Europa zu Afrika mehr und mehr zu einer bilateralen Zusammenarbeit zu gelangen.</p> <p>Ziel dieser Zusammenarbeit ist, der globalen Herausforderung (Migration) mit innovativen und nachhaltigen Konzepten zu begegnen. Dazu gilt es, die Chancen des Kontinents in den Blick zu nehmen und jedes der 54 Länder, die dieser Kontinent umfasst, in die Lage zu versetzen, sich selbstständig zu entwickeln. Demokratie und gute Regierungsführung, Klimaschutz, wirtschaftliche und politische Stabilität, soziale Sicherheit, Menschenrechte, Freiheit und Selbstbestimmung müssen die Ziele sein.</p> <p>Nicht Bevormundung oder der einseitige kurzfristige Vorteil, sondern Ertüchtigung,</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Nachhaltigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe und letztendlich ein Miteinander auf Augenhöhe müssen die Zusammenarbeit bestimmen.</p> <p>Damit bildet Europa – und Deutschland als größtes Land darin – einen Gegensatz zu Hegemonialmächten wie China, die mit wirtschaftlich großzügig erscheinender Hilfe letztendlich im Sinn haben, die afrikanischen Länder zu übervorteilen und das wirtschaftliche und im weiteren Verlauf auch politische Geschehen zu beherrschen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unter diesen Gesichtspunkten soll die Entwicklungszusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern einer Überprüfung und im Folgenden einer regelmäßigen Evaluation unterzogen werden. Beim Einsatz der Gelder soll darauf geachtet werden, dass ausreichend Flexibilität gegeben ist, Fehlentwicklungen schnell zu stoppen und gegebenenfalls umzusteuern. 2. Es wird gelingen, weitere Migration zu verhindern, wenn sich den Menschen vor Ort Perspektiven eröffnen. Hilfe zur Selbsthilfe, Unterstützung von Gründern, StartUps und die Stärkung der Wirtschaft vor Ort sollen daher Vorrang haben. Dabei sollen Frauen eine besondere Unterstützung erfahren und zu ihrer Förderung spezifische Programme erarbeitet werden. 3. Dezentrale Ansätze, getragen durch lokale Partnerschaften, erweisen sich in vielen Feldern als deutlich effektiver als zentral gesteuerte Maßnahmen. Unsere Kommunen können beispielsweise beim Aufbau der Infrastruktur, ÖPNV, Versorgung und Entsorgung, Müllabfuhr oder dem Bau von Schulen sowie durch konkrete und praxisnahe Beratung, Fortbildung und Qualifizierung Unterstützung leisten. Zudem sind solche Partnerschaften bestens geeignet, die Selbstverwaltung und kommunale Demokratie vor Ort zu stärken bzw. aufzubauen. Deshalb soll ein Programm aufgelegt werden, um kommunale Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Städten und Gemeinden gezielt anzustoßen und im Folgenden inhaltlich zu begleiten. Im europäischen Maßstab ist anzustreben, unter dem Dach einer gemeinsamen europäischen Entwicklungszusammenarbeit Partnerschaften zwischen einzelnen Ländern aufzubauen. 4. Den Menschen eine Chance geben, bedeutet an allererster Stelle, ihnen Bildungschancen zu eröffnen. In der Entwicklungszusammenarbeit soll daher ein Schwerpunkt auf den Auf- 	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>und Ausbau der Schulen, Berufsschulen und weiteren Bildungsangeboten gelegt werden. Dies bedeutet, dass sowohl rechtlich als auch in Bezug auf die Infrastruktur die Voraussetzungen hergestellt werden müssen, auf dem Kontinent eine allgemeine Schulpflicht umzusetzen.</p> <p>Diese muss für alle Kinder, unabhängig vom Geschlecht, Wirklichkeit sein. Es ist daher insbesondere darauf zu achten, dass alle Mädchen die Schule durchlaufen und Bildungswege und Einrichtungen allen Geschlechtern gleichermaßen zugänglich sind. Eine weitere Voraussetzung, die allgemeine Schulpflicht umzusetzen, ist zudem, dass alle Familien so viel Auskommen haben, dass Kinderarbeit nirgendwo mehr zum Lebensunterhalt beitragen muss.</p> <p>Älteren, die nicht die Möglichkeit hatten, eine Schule zu besuchen, soll in Verbindung mit den Schulen vor Ort ein zusätzliches Aus- und Fortbildungsangebot zur Verfügung stehen.</p> <p>5. Perspektiven eröffnen heißt schließlich, eine ausreichende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Neben dem Bau von Krankenhäusern und dem Ausbau der Arztversorgung sollen das Augenmerk auch auf niederschwellige Gesundheitsangebote und Prävention gerichtet sein. Möglicherweise können die Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten auch als Bürgertreffs dienen und für Gesundheitsaufklärung genutzt werden.</p> <p>6. Ein besonderes Augenmerk ist darauf zu legen, Frauenrechte durchzusetzen. Leider werden in Afrika viele junge Frauen immer noch zwangsverheiratet. Die Länder, die Unterstützung leisten, sollen diese daher mit der Bedingung verknüpfen, dass ein ziviles Ehe- und Scheidungsrecht gilt. Darüber hinaus ist es skandalös, dass die Beschneidung von Frauen noch immer nicht überall der Vergangenheit angehört. Dieses Thema darf nicht tabuisiert werden. Neben der internationalen Ächtung von Zwangsheirat und Beschneidung muss es bessere Instrumente geben, dagegen einzuschreiten.</p> <p>7. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist darauf hinzuwirken, verstärkt Investitionen anzustoßen. Sie stärken die wirtschaftliche Infrastruktur, schaffen Arbeitsplätze und damit soziale Sicherheit für die Menschen in ihren Herkunftsländern. Wir befürworten es, wenn Rohstoffe nicht nur abgebaut, sondern auch vor Ort verarbeitet werden und in entsprechende Produktionsstätten investiert wird. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Verbot von Kinderarbeit, Arbeitssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Freihandel sind Voraussetzung, dass alle Seiten davon profitieren können. Investitionen vor Ort müssten</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>angestoßen und gefördert werden, aber stets mit der Bedingung verknüpft sein, dass diese Bedingungen strikt eingehalten sind.</p> <p>8. Im Zusammenhang mit den Produktionsstätten vor Ort können junge Menschen in der jeweiligen Technik ausgebildet werden und so mit ihrem Wissen auch zum weiteren Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur in ihrem jeweiligen Land beitragen. Zu denken ist beispielsweise an Stipendien für ein Studium in Deutschland, verbunden mit der Verpflichtung, ins Heimatland zurückzukehren, Unterweisung durch Fachleute vor Ort und zu einem späteren Zeitpunkt eigenverantwortliche Übernahme der Aufgaben.</p> <p>9. Im Sinne des fairen Handels gilt es, den Blick auf Afrika als Markt zu richten. Ziel von Importen wie Exporten nach Afrika soll sein, die wirtschaftliche Betätigung zu stärken und nicht weiter zu schwächen bzw. sogar zu zerstören. Beispielsweise ist es sinnvoller und langfristig auch wirtschaftlicher, Maschinen und technische Geräte nach Afrika zu exportieren und die Textilindustrie vor Ort aufzubauen als den Markt mit Altkleidern aus Europa zu überschwemmen und damit die örtliche Textilindustrie zu schwächen.</p> <p>10. In Deutschland setzen sich zahlreiche Migrantorganisationen für die Belange der Menschen in ihren Herkunftsländern ein. Sie kennen die Menschen dort ebenso wie das Leben hier in Europa und haben daher einen Blick für die kulturellen Unterschiede. Ihnen kann die Aufgabe zukommen, Kontakte herzustellen und als wichtige Brückenbauer zu fungieren. Diese Brückenfunktion lässt sich sowohl für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und zielgerichtete Förderung nutzen wie ehrenamtlich getragene bilaterale Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Organisationen und Initiativen auf diese Weise angebahnt werden können. Unter diesem Aspekt ist die Zusammenarbeit mit Migrantorganisationen zu intensivieren und gegebenenfalls auf neue konzeptionelle Füße zu stellen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 3	<p style="text-align: center;">LV Berlin</p> <p>Das Miteinander im Straßenverkehr fördern</p> <p>Die Gremien der CDU Deutschlands, besonders die Mitglieder im Deutschen Bundestag, werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass konkrete Konzepte für ein besseres Miteinander von allen Verkehrsteilnehmern (Fußgängern, Radfahrern und allen Motorisierten) entwickelt und umgesetzt werden. Dazu gehören u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • stärkere Kontrollen und bessere Aufklärung aller Verkehrsteilnehmer, • eine auf die Vielfalt im Verkehr abgestimmte Infrastruktur, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu verbessern, • die Auswirkungen von Elektrokleinstfahrzeugen (E-Skootern u. E-Bikes) auf die Verkehrswegeplanung und die Sicherheit im Straßenverkehr zu analysieren und konkrete Schlussfolgerungen für die Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht, zu ziehen. 	
D 4	<p style="text-align: center;">LV Berlin</p> <p>Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Hebammenversorgung</p> <p>Die CDU Deutschlands, besonders die Mitglieder im Deutschen Bundestag, werden aufgefordert, im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Hebammenreformgesetz (HebRefG) darauf hinzuwirken, dass erfolgreiche Absolventen des vorgeschriebenen Studiums zunächst als „Hebamme in der Anerkennung“ 200 Geburtsvorgänge in einer Klinik durchführen, bevor damit die Ausbildung abgeschlossen ist und sie die Berufsbezeichnung „Hebamme“ führen dürfen. Die Regelungen zum Führen der Berufsbezeichnung (§ 5 des HebRefG-E) sind entsprechend zu ergänzen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
<p>D 5</p>	<p style="text-align: center;">LV Berlin</p> <p>Kostenfreie Bereitstellung von Leitungswasser in Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen</p> <p>Die CDU möge sich dafür einsetzen, dass in Deutschland, wie bereits in Frankreich erfolgt, die Maßnahmen zur Werbung für Leitungswasser aus Artikel 13 der Richtlinie der EU (Nr. Komm.dok: 5846/18 – COM (2017)753 final +ADD1, am 01.02.2018 angenommen) mit sofortiger Wirkung umgesetzt werden.</p> <p>Wie von einigen Mitgliedsstaaten bereits umgesetzt, sind auch in Deutschland geeignete Maßnahmen für den Zugang zu Leitungswasser für den menschlichen Verbrauch umzusetzen und dafür zu werben.</p> <p>Geeignete Maßnahmen zur Werbung für Leitungswasser für den menschlichen Gebrauch umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Qualität des Leitungswassers 2. Förderung der Bereitstellung von Leitungswasser in Verwaltung- und anderen öffentlichen Gebäuden 3. Förderung der kostenlosen Bereitstellung des Leitungswassers in Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdiensten. 	
<p>D 6</p>	<p style="text-align: center;">LV Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>Abschaffung der Lohnsteuerklasse 6</p> <p>Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen die Möglichkeit nutzen, sich zu ihrem regulären Einkommen etwas dazu zu verdienen. Sei es, um sich einen Urlaub oder Anderes leisten zu können. Auch gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, welche nicht auf unterstützende Leistungen bzw. Aufstockerleistungen vom Amt angewiesen sein wollen und zu ihrem Erstjob eine weitere Nebentätigkeit aufnehmen.</p> <p>Überdies werden in Zeiten des Fachkräftemangels dringend Fachkräfte in der deutschen Wirtschaft, sowie in der privaten Geschäftswelt benötigt, die ihr Können und Wissen weiter einbringen.</p> <p>Sie sind wichtig und nötig und sollen für ihren Einsatz und ihre Arbeit nicht abgestraft</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<p>werden, weil sie zusätzliche Leistung erbringen wollen. Bürgerinnen und Bürger die einen Zweitjob annehmen müssen ihre Zweittätigkeit mit der Lohnsteuerklasse 6 anmelden, wenn sie mehr als 450 € verdienen. Nebeneinkünfte mit der Lohnsteuerklasse 6 haben den Nachteil, dass am Monatsende sehr hohe Abzüge erfolgen und den Leistungsgedanken ad absurdum führen.</p> <p>Diese Lohnsteuerklasse ist ein Auslaufmodell, welche auch mit der Digitalisierung an Berechtigung verloren hat, denn die Lohnsteuerklasse 6 wurde ferner nur noch angewendet, wenn ein Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber keine Lohnsteuerkarte vorzeigen konnte um Missbrauch zu verhindern.</p> <p>Wir als Frauen Union fordern daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Abschaffung der Lohnsteuerklasse 6 um den Zuverdienst in Zweitjobs ohne hohe Abzüge zu ermöglichen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. • Es ist zu prüfen, ob alternative Modelle hier Abhilfe schaffen können, einerseits um dem Fachkräftemangel bzw. den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzuwirken und andererseits eine Entlastung der Sozialkassen zu ermöglichen, da die Zahl der Aufstockerleistungen sich verringern könnte. So wäre das Einsetzen der gleichen Lohnsteuerklasse in Erst- und Zweitjob denkbar. • Bürgerinnen und Bürger, die sich gern etwas dazuverdienen möchten, die Möglichkeit bieten dies tun zu können, ohne ihnen durch hohe Steuerlasten zusätzlich Steine in den Weg zu legen. 	
<p>D 7</p>	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Parité - Prüfauftrag</p> <p>Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird aufgefordert zu prüfen bzw. prüfen zu lassen, ob und gegebenenfalls unter welchen rechtlichen Voraussetzungen die Einführung eines Parité-Gesetzes in Deutschland möglich ist.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 8	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornographischen Inhalten im Internet</p> <p>Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, damit Filtersoftware im Internet zum Schutz vor pornografischen, Frauen verachtenden und Gewalt verherrlichenden Darstellungen, wirkungsvoll greift und Personen bis 18 Jahren möglichst keinen Zugang zu vorstehend genannten Inhalten erhalten können.</p>	
D 9	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Streichung der Übernahme von Heim- bzw. Pflegekosten für Heim- und Pflegekinder bei Eintritt in das Berufsleben</p> <p>Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Kosten für die vorherige Unterbringung in Pflegefamilien bzw. Heimen den Kindern bei Eintritt in das Berufsleben nicht angelastet werden.</p>	
D 10	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Upskirting bestrafen</p> <p>Der Bundesdelegiertentag fordert den Gesetzgeber auf, die Schutzlücken des Strafgesetzbuches hinsichtlich bloßstellender Bildaufnahmen von Kindern und Frauen zu schließen und dass „Upskirting“ vollumfänglich unter Strafe zu stellen.</p> <p>Bei der Ausgestaltung des Strafrechtes ist darauf zu achten, dass dabei das hier in erster Linie verletzte Rechtsgut der sexuellen Selbstbestimmung und die Aspekte sexualisierter Machtausübung und Erniedrigung Berücksichtigung finden.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 11	<p style="text-align: center;">LV Nordrhein-Westfalen</p> <p>Upskirting bestrafen</p> <p>Der Bundesdelegiertentag der Frauen Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, die Schutzlücken des Strafgesetzbuches hinsichtlich bloßstellender Bildaufnahmen von Kindern und Frauen zu schließen und das „Upskirting“ vollumfänglich unter Strafe zu stellen.</p> <p>Bei der Ausgestaltung des Strafrechtes ist darauf zu achten, dass dabei das hier in erster Linie verletzte Rechtsgut der sexuellen Selbstbestimmung und die Aspekte sexualisierter Machtausübung und Erniedrigung Berücksichtigung finden.</p>	
D 12	<p style="text-align: center;">LV Nordrhein-Westfalen</p> <p>Anonyme Spurensicherung: ärztliche und labortechnische Leistungen bundesweit finanzieren</p> <p>Der Bundesdelegiertentag der Frauen Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, die bestehende Lücke zur Refinanzierung von ärztlichen und/oder labortechnischen Leistungen im Zusammenhang mit der anonymen/vertraulichen Sicherung von Spuren bei Opfern von Gewalt endlich zu schließen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 13	<p style="text-align: center;">LV Nordrhein-Westfalen</p> <p>Ehrenamt fördern statt es zu behindern: Umsatzsteuerliche Erleichterungen für Veranstaltungen, die vornehmlich von und durch Ehrenamtliche gestaltet werden</p> <p>Der Bundesdelegiertentag der Frauen Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, die Durchführung von Brauchtums- und Traditionsveranstaltungen, die vornehmlich von und durch Ehrenamtliche gestaltet werden, aus der Umsatzbesteuerung auszunehmen.</p> <p>Es gilt, dass Ehrenamt zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass Menschen sich aktiv an der Gestaltung unserer Heimat und unseres Gemeinwesens beteiligen können.</p>	
D 14	<p style="text-align: center;">LV Nordrhein-Westfalen</p> <p>Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern – Zusammenarbeit der Kommunen durch Umsatzbesteuerung nicht erschweren</p> <p>Der Bundesdelegiertentag der Frauen Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Optionsfrist zur Anwendung des alten Rechts nach § 27 Absatz 22 Satz 3 UStG bis zur Klärung der Ziffer 1 zu verlängern, 2. das Einführen einer umsatzsteuerrechtlichen Anrufungsauskunft nach dem Vorbild von § 42e EStG und 3. Liefer- und Leistungsaustausche zwischen Kommunen und den staatlichen Ebenen, die der jeweiligen Wahrnehmung hoheitlicher Tätigkeit zuzurechnen sind, dem Anwendungsbereich des Umsatzsteuergesetzes nicht zu unterwerfen. 	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
<p>D 15</p>	<p style="text-align: center;">LV Schleswig-Holstein</p> <p>Bessere Rahmenbedingungen für die solitäre Kurzzeitpflege schaffen</p> <p>Kurzzeitpflege bedeutet eine Entlastung für pflegende Angehörige und einen „Tapetenwechsel“ für Pflegebedürftige. Die Möglichkeit der Kurzzeitpflege kann für beide Parteien in Veränderungsphasen eine sichere Betreuungsform und eine Entlastung der zu Pflegenden darstellen.</p> <p>Der Gesetzgeber sieht für folgende Fälle die Möglichkeit einer Kurzzeitpflege vor:</p> <p>Wenn eine pflegebedürftige Personen für eine begrenzte Zeit einer vollstationären Pflege bedarf, was häufig nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall ist, oder wenn die häusliche Pflege für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden soll (Urlaub o.Ä.) oder muss (Krankheit, Verhinderung o.Ä.). Diese Pflege ist auf eine Dauer von 56 Tagen im Jahr begrenzt. Für diesen Zeitraum übernehmen die Pflegekassen die Kosten der stationären Unterbringung.</p> <p>In Schleswig-Holstein und weiteren Bundesländern gibt es aktuell keine Einrichtung, die ausschließlich die solitäre Kurzzeitpflege anbietet. Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze werden ausschließlich in stationären Pflegeheimen angeboten. Hier sprechen wir deshalb von der „eingestreuten Kurzzeitpflege“.</p> <p>Die nicht auskömmliche Vergütung der Kurzzeitpflegeplätze und die bislang mangelhafte Planungssicherheit für die Betreiber von Kurzzeitpflegeeinrichtungen verhindern bisher, dass die solitäre Kurzzeitpflege im Land angeboten werden kann.</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschlands bittet die Bundestagsabgeordneten sich dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung der solitären Kurzzeitpflege dauerhaft zu verbessern. Hierbei soll auch die Möglichkeit bestehen, auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung fach- und sachgerecht in diese Pflegeform einzubeziehen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 16	<p style="text-align: center;">LV Schleswig-Holstein</p> <p>Gleichstellung – Macht zu gleichen Teilen</p> <p>Hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sollten wir die immer noch geringe Anzahl an Frauen im Bundestag und in den anderen Parlamenten und kommunalen Vertretungen nicht nur beschreiben, sondern auch nach konkreten Lösungen suchen. Dazu müssen wir sowohl die Listenmandate als auch die Wahlkreismandate im Blick haben. Alle Regelungsebenen – von den Parteistatuten über das Parteien- bis hin zum Wahlgesetz – gilt es, in die Prüfung mit einzubeziehen und Modelle zu erarbeiten, die sowohl einer rechtlichen Prüfung Stand halten, als auch zu Fortschritten in der Sache führen.</p> <p>Was alles nicht geht, haben wir lange genug gehört.</p> <p>Das Jubiläumsjahr zu 100 Jahre Frauenwahlrecht hat gezeigt, dass man historischen Chancen ergreifen muss. Demokratie kann nur gelingen, wenn Frauen und Männer gleichermaßen teilhaben. Frauen wollen nicht nur am Wahltag ihre Stimme abgeben, sondern in unseren Parteien, den kommunalen Vertretungen, den Parlamenten und der Regierung angemessen vertreten sein.</p> <p>Der Anteil weiblicher Abgeordneter in den Landtagen, Bürgerschaften, Abgeordneten Häuser und im Deutschen Bundestag ist wieder rückläufig und in den kommunalen Vertretungen ist das Bild oft noch erschreckender.</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die CDU dazu auf, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die weitere nachhaltige Erhöhung des Anteils von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten zu setzen.</p> <p>Eine grundlegende Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages ohne Fortschritte bei der Teilhabe von Frauen wäre ein fataler Rückschritt.</p> <p>Wir fordern dazu eine zukunftsweisende Wahlrechtsreform für den Deutschen Bundestag, nicht ohne eine gesetzliche Lösung zur Erhöhung des Frauenanteils im Parlament gründlich zu prüfen und ggfs. auf den Weg zu bringen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 17	<p style="text-align: center;">BV Mittelrhein</p> <p>Bessere Startchancen für Heim- und Pflegekindern in die Selbständigkeit</p> <p>Die Frauen Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, den § 94 Abs. 6 SGB VIII, der die Kostenbeteiligung bei eigenen Einkünften von Heim- und Pflegekindern festlegt, zu ändern und die Kostenbeteiligung deutlich zu reduzieren.</p>	
D 18	<p style="text-align: center;">BV Ostfriesland</p> <p>Die Kosten für die Unterbringung in Pflegefamilien bzw. Heimen dürfen den Kindern bei Eintritt in das Berufsleben nicht angelastet werden und müssen daher gestrichen werden.</p>	
D 19	<p style="text-align: center;">BV Ostfriesland</p> <p>Das Ausbildungsgehalt der Jugendlichen, deren Familien von den Bezügen aus dem SGB II leben, darf auf die Bedarfsgemeinschaft nicht angerechnet werden.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 20	<p style="text-align: center;">KV Düsseldorf</p> <p>Absenkung der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre in besonderen Fällen</p> <p>Bei Vorliegen des dringenden Tatverdachts auf Begehung nachfolgend genannter Rohheitsdelikte soll die Strafmündigkeit bereits ab dem 12. Lebensjahr, statt wie bisher ab dem 14. Lebensjahr, einsetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung unter den in §177 10 Absatz 5 bis 8 genannten Voraussetzungen - Mord und Totschlag nach den §§ 211 und 212 - Straftaten des Raubes und der Erpressung nach den §§249 bis 255 - Schwer Körperverletzung nach §226 <p>Zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten bei den Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten sollen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Die Zuständigkeit der Jugendbehörden für die Beratung und Unterstützung betroffener Familien bleibt hiervon unberührt.</p>	
D 21	<p style="text-align: center;">KV Goslar</p> <p>Aktionsplan „Schwimmen lernen in Deutschland“ starten</p> <p>Die Frauen Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, einen Aktionsplan „Schwimmen lernen in Deutschland“ zu starten.</p>	
D 22	<p style="text-align: center;">KV Hamburg Nord</p> <p>Strafbarkeit des Filmens und Fotografierens unter den Rock (sogenanntes Upskirting)</p> <p>Der Bundesvorstand der Frauen Union Deutschland wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Filmen und Fotografieren unter den Rock ohne Einwilligung der betroffenen Person (sogenanntes Upskirting) durch eine entsprechende Ergänzung des Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt wird und einen entsprechenden Antrag beim Bundesparteitag der CDU Deutschlands einzubringen.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 23	<p style="text-align: center;">KV Rhein-Erft-Kreis</p> <p>Hilfe für Kinder psychisch und / oder suchterkrankter Eltern</p> <p>Die Frauen Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine gesicherte Finanzierung für den flächendeckenden Aufbau eines Hilfesystems für Kinder psychisch und / oder suchterkrankter Eltern aufzubauen.</p>	
D 24	<p style="text-align: center;">KV Rhein-Erft-Kreis</p> <p>Der Kindergartenbesuch soll im letzten Jahr vor der regulären Einschulung verpflichtend werden</p> <p>Die Frauen Union Deutschlands fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, den Kindergartenbesuch mindestens für das letzte Kita-Jahr vor der regulären Einschulung des Kindes zur Pflicht zu machen.</p>	
D 25	<p style="text-align: center;">KV Rhein-Sieg</p> <p>Müllreduzierung</p> <p>Die Frauen Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, durch geeignete Maßnahmen insbesondere auf den Einzelhandel einzuwirken, um das Aufkommen von Einmal-Verpackungen und unnötigen Plastikabfällen auf ein Minimum zu reduzieren.</p>	
D 26	<p style="text-align: center;">KV Rhein-Sieg</p> <p>Spracherwerb vor Beginn der regulären Grundschulzeit</p> <p>Die Frauen Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, schnellstmöglich gemeinsam mit den Landesregierungen auf ein flächendeckendes Vorschulangebot mit vorausgehenden Sprachtests zum Erwerb von Sprachkompetenz zur Qualifikation für die Grundschule hinzuwirken und finanziell zu fördern.</p>	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
D 27	<p style="text-align: center;">KV Trier-Stadt</p> <p>Erarbeitung eines Antrags der Frauen Union der CDU Deutschlands an die CDU Deutschland zu einer Satzungsänderung betreffend der finanziellen Ausstattung der Kreisverbände der Frauen Union</p> <p>Wir beantragen, dass die Frauen Union der CDU Deutschlands einen Antrag zur Vorlage an die CDU Deutschland mit dem Ziel erarbeitet, die FU Kreisverbände bundesweit einheitlich finanziell auszustatten. Der Antrag soll eine konkrete Zuteilung von finanziellen Mitteln an die FU Kreisverbände beinhalten.</p>	
D 28	<p style="text-align: center;">KV Trier-Stadt</p> <p>Ein Land, das viele Kinder haben will, muss Müttern und Vätern eine ausreichende und flächendeckende geburtshilfliche Versorgung garantieren und ausreichend Hebammen in Krankenhäusern und in der ambulanten Versorgung zur Verfügung stellen.</p> <p>Große Verantwortung, fehlendes Personal, geringe Vergütung, steigende Versicherungsprämien: Die Umstände, unter denen Hebammen arbeiten – freiberuflich Tätige, Beleghebammen und angestellte Hebammen - sind seit 2017, seitdem wir den ersten Antrag beim 33. Bundesdelegiertentag in Braunschweig gestellt haben, noch schlimmer geworden. Die strukturellen Probleme dieses Berufsstandes sind weiterhin nicht gelöst worden. Ein Land, das viele Kinder haben will, muss Müttern und Vätern eine ausreichende und flächendeckende geburtshilfliche Versorgung garantieren, insbesondere gut ausgebildete und gut bezahlte Hebammen in Krankenhäusern und in der ambulanten Versorgung.</p> <p>Aus diesem Grund möge der 33. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung durch wohnortnahe Geburtshilfe und Hebammen, wie im Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten, ist zu gewährleisten. 2. In den Kreißsälen soll eine 1:1 Betreuung durch Hebammen in den wesentlichen Phasen der Geburt gewährleistet werden. 	

Anträge		Empfehlungen der Antragskommission
	<ol style="list-style-type: none"> 3. Die Geburtshilfe soll aus den G-DRG (Fallpauschalen) heraus genommen werden, sodass diese vom rein wirtschaftlichen Denken losgelöst wird. 4. Die verantwortungsvolle Arbeit der Hebammen muss sich in einer adäquaten Vergütung widerspiegeln 5. Wir unterstützen die jahrelange Forderung der Hebammenverbände, eine nachhaltige politische Lösung der Haftpflichtversicherungen für Hebammen zu erarbeiten. Zurzeit ist bundesweit nur ein Versicherungskonsortium bereit, bis 2021 den Versicherungsschutz zu gewährleisten. Seit unserm ersten Antrag 2017 ist die Versicherungssumme von 7.639,- € auf 8664,- € gestiegen. Wir fordern weiterhin, im Ministerium für Gesundheit die Modelle „Haftungsfonds mit einer Haftungshöchstgrenze“ sowie, alternativ, „Absicherung des Haftungsrisikos in Anlehnung an das System der gesetzlichen Unfallversicherung“ nach der bisher erfolgten Prüfung baldmöglichst zu einem für die Hebammen zufriedenstellenden Ergebnis führen. 	